

Stellungnahme des Dachverbands der Kulturfördervereine im Rahmen der Verbändebeteiligung des BMFSFJ zur Engagementstrategie des Bundes

(Stand: 9.6.2023)

Bürgerschaftliches Engagement ist essenziell für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und unsere Demokratie. Die Engagierten benötigen einen sicheren und unbürokratischen Rechtsrahmen sowie eine effektive und förderliche Zusammenarbeit zwischen Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft. Zur Stärkung des Engagements fordern wir einen eigenständigen Ausschuss „Bürgerschaftliches Engagement und Demokratie“ im Deutschen Bundestag sowie eine/n Staatsminister/in im Bundeskanzleramt zur Koordination bürgerschaftlichen Engagements als Querschnittsaufgabe in allen Ministerien. Die Engagementpolitik der für die Kultur zuständigen Bundesbehörde muss daher ausgebaut werden: durch Erweiterung ihrer personellen Ressourcen und Ermöglichung der Bereitstellung finanzieller Mittel für bürgerschaftliches Engagement in Stadt und Land.

Thema 1: Nachhaltigkeit in allen Bereichen bürgerschaftlichen Engagements

Zentrale Erkenntnis:

Um Vereine zukunftssicher aufzustellen, benötigen sie konkrete Unterstützungsangebote, die sie für Themen der Nachhaltigkeit (sozial, ökologisch und ökonomisch) sensibilisieren. In diesen Nachhaltigkeitsthemen steckt auch eine enorme Chance, jüngeren Nachwuchs zur Mitwirkung zu gewinnen. Es geht um seine Zukunft. **Nachhaltigkeit ist für alle Themen, zu denen nachfolgend Empfehlungen gegeben werden, von großer Relevanz.**

Empfehlung 1: Prüfen, inwieweit bürgerschaftliches Engagement in die Zukunftsstrategie des Bundes u. a. beim Innovationsziel „Gesellschaftliche Resilienz, Vielfalt und Zusammenhalt stärken“ eingebunden werden kann.

Empfehlung 2: Programme für Aufklärungsarbeit bei den Vereinen in Zusammenarbeit mit Dachverbänden entwickeln; Initiales bundesweites Projekt zum Thema Nachhaltigkeit.

Empfehlung 3: Programme fördern, die Angebote bundesweit für alle Engagementfelder gebündelt zusammenstellen; Praxisbeispiele aus den einzelnen Engagementfeldern sammeln.

Thema 2: Bürgerschaftliches Engagement gemeinsam gestalten

Zentrale Erkenntnis:

Das Engagement von Bürger:innen für alle Lebensbereiche in Stadt und Land ist bei der Bewältigung der anstehenden großen Transformationsprozesse wichtiger denn je. Der Bereich Kultur und Medien ist hierbei an zweiter Stelle (19 Prozent). Die gemeinnützigen Vereine – zu denen auch rund 17.000 Kulturfördervereine gehören – arbeiten größtenteils ehrenamtlich und nicht gewinnorientiert und

übernehmen Verantwortung für die Gesellschaft. Trotz der öffentlichen Anerkennung ihrer Arbeit werden ihre Bedarfe kaum nachhaltig unterstützt. Dabei sind viele Politikfelder wie beispielsweise Sport, Kultur, Bildung, Gesundheit und soziale Dienste sowie Klimapolitik auf die Zusammenarbeit mit bürgerschaftlichem Engagement angewiesen. Oft tangiert die Arbeit der Engagierten sogar mehrere Politikfelder. Basis für die partnerschaftliche Zusammenarbeit ist der konstante Dialog auf Augenhöhe, der in einem Klima des Miteinanders ermöglicht, das Potenzial der Engagierten auszuschöpfen. Um diese Zusammenarbeit auf ein qualitativ höheres Niveau zu heben, empfehlen wir:

Empfehlung 1: Die Engagementpolitik als Querschnittsaufgabe in nahezu allen Ministerien aufnehmen; Koordination durch das Bundeskanzleramt.

Empfehlung 2: Arbeit des Unterausschusses Bürgerschaftliches Engagement des Deutschen Bundestages als Vollausschuss aufwerten.

Empfehlung 3: Engagementfeld Kultur: Engagementpolitik innerhalb des BKM ausbauen durch Erweiterung seiner personellen Ressourcen und Ermöglichung der Bereitstellung finanzieller Mittel für bürgerschaftliches Engagement. Natürlicher Partner bei diesen Maßnahmen bezüglich des Engagements der Kulturfördervereine wäre der DAKU.

Thema 3: Bürokratieentlastung

Zentrale Erkenntnis:

Zu viel Zeit und Energie der Engagierten fließen in Tätigkeiten wie Vereinsverwaltung und Gremienbetreuung und in die Beantragung und Abrechnung von Fördermitteln. Teilweise werden dem bürgerschaftlichen Engagement eigentlich vom Staat zu übernehmende Aufgaben aufgebürdet. Kaum noch leistbare bürokratische Vorschriften führen zu Schwierigkeiten bei der Besetzung von Gremien und der Gewinnung neuer Engagierter. Flexibles Engagement braucht die Öffnung für unkomplizierte Rechtsträgerstrukturen. Es gilt Barrieren zu senken, damit auch neue Bündnisse und marginalisierte Gruppen Chancen und Motivation haben, ehrenamtlich aktiv zu sein bzw. zu werden.

Empfehlung 1: Bürokratiearmes und rechtssicheres Engagement ermöglichen durch systematische Überprüfung aller Gesetzentwürfe und Regularien (auch im Gemeinnützigkeitsrecht) auf unnötige Folgekosten und übermäßigen administrativen Aufwand für gemeinnützige Vereine; Nationalen Normenkontrollrat frühzeitig in Gesetzgebungsverfahren einbinden.

Beispiele: Einführung eines Basisregisters zur Abschaffung doppelter Meldepflichten (nach Möglichkeit in die Digitalstrategie des Bundes einbinden), Überprüfung der im aktuellen Gesetzesverfahren geplanten zusätzlichen Regelungen zur digitalen Spendenbescheinigung.

Empfehlung 2: Fördermittelvergabe und -abwicklung deregulieren durch die Vereinfachung der Beantragung und Abrechnung. Beispiele: Projektschecks ohne Abrechnungsverfahren für kleine Projekte, Anerkennung ehrenamtlich eingebrachter Zeit als Eigenleistung, Entkoppelung vom Haushaltsjahr des Bundes sowie Anpassung der Bundeshaushaltsordnung und allgemeiner Nebenbestimmungen bezüglich der Zuwendungen zur Projektförderung.

Thema 4: Finanzielle Förderung

Zentrale Erkenntnis

Die Förderung demokratiestärkender Projekte wird oft zum Strohfeuer, gewonnene Kompetenzen und Erfahrungen können nicht in verlässlichen Strukturen nachhaltig wirken und weitergegeben werden.

Empfehlung 1: Vereine fördern, die zu Innovationen für ein zeitgemäßes Engagement beitragen und hierfür dringend institutionelle Mittel benötigen.

Empfehlung 2: Infrastruktur überregionaler Verbände durch eine gesetzliche Grundlage sichern, die Bund und Ländern die dauerhafte Grundförderung des Engagements ermöglicht.

Zentrale Erkenntnis

Bürgerschaftliches Engagement muss sowohl in ländlichen und strukturschwachen als auch in städtischen Räumen für alle Bevölkerungsgruppen und Generationen durch Kofinanzierung in den Regionen gesichert und weiterentwickelt werden.

Empfehlung 1: Regional ausgerichtetes Engagement durch auf Kooperationen basierende Bundesprogramme erhalten, die verstärkt von Kommunen und Ländern geförderte Projekte kofinanzieren und zielgruppenspezifische Angebote einbeziehen, z. B. Weiterbildung, Wissensaustausch und Vernetzung, Kulturelle Bildung.

Empfehlung 2: Vernetzung zu Erfahrungsaustausch und Kooperation, Information über Weiterbildungs- und Fördermöglichkeiten, Hilfestellungen bei der Öffentlichkeitsarbeit ermöglichen durch die Förderung von Maßnahmen, die beitragen zur:

- a) Unterstützung von Landkreisen und kreisfreien Städten bei der Einrichtung von Personalstellen für Ehrenamtskoordinator:innen und Ehrenamtsbeauftragte sowie Betreuer:innen bzw. Beauftragte für Kultur bzw. die Kulturverwaltungen
- b) Einrichtung und finanziellen Stärkung der Freiwilligenagenturen sowie Unterstützung bei ihrer professionellen Weiterentwicklung und Zusammenarbeit mit regionalen Akteuren, die bei spezifischen Bedarfen ergänzen (z. B. im Bereich Digitalisierung)

Thema 5: Anerkennung und Öffentlichkeitsarbeit

Zentrale Erkenntnis

Die Anerkennung der Engagierten ist dringend notwendig, damit sie langfristig motiviert bleiben und andere für ein Ehrenamt motiviert werden. Oft beschränkt sich dies auf „Sonntagsreden“. Wichtig sind konkrete Angebote, die idealerweise gleichermaßen eine Anerkennung sowie eine Absicherung und Erleichterung des Engagements bieten.

Öffentlichkeitsarbeit macht die Relevanz des bürgerschaftlichen Engagements offenkundig und bekannter. Dadurch werden die Vereine auch bei der Gewinnung neuer Mitglieder unterstützt.

Empfehlung 1: Anerkennung z. B. durch Ausbau bzw. Einführung entsprechender Instrumente auf Bundesebene: Auszeichnungen, Ausbau des Versicherungsschutzes für Engagierte, beitragsfreie Rentenpunkte für das Ehrenamt, Übernahme von Fahrtkosten (z. B. Monatsticket) und Parkgebühren, Förderung von Qualifizierungsmaßnahmen. Auch könnte Corporate Citizenship durch die Politik stärker gefördert, unterstützt und rechtlich abgesichert werden.

Empfehlung 2: Gezielte Öffentlichkeitsarbeits-Maßnahmen für bürgerschaftliches Engagement in Zusammenarbeit mit den Verbänden u. a. durch kontinuierliche, übergreifende Kampagnen, die Praxisbeispiele sichtbar machen.

Thema 6: Junges Engagement

Zentrale Erkenntnis

Die Gewinnung von jungem Nachwuchs ist dringend notwendig, um die Vereine zukunftssicher aufzustellen. Hierzu ist die Unterstützung von Maßnahmen wichtig, die jungen Nachwuchs in seiner Arbeit motivieren, schulen und bestärken.

Empfehlung 1: Aktivitäten junger Menschen sowie von Einrichtungen und Projekten zur Einbindung junger Engagierter auch außerhalb der bestehenden Rechtsformen fördern.

Beispiele: Unterstützung von Kooperationen mit Bildungsträgern und Jugendorganisationen, strukturierte Vermittlung von Wissen an junges bürgerschaftliches Engagement.

Empfehlung 2: Imagekampagnen und Unterstützung von Angeboten zur generationsübergreifenden Zusammenarbeit bzw. zur Zusammenarbeit mit anderen gesellschaftlichen Gruppen; in Schul- und Berufsausbildung früh Bewusstsein für bürgerschaftliches Engagement vermitteln.

Thema 7: Digitalisierung

Zentrale Erkenntnis

Die Digitalisierung in den Vereinen muss so ausgebaut werden, dass durch eine gute Verzahnung mit analogen Systemen und über inklusive Zugänge die Teilhabe aller an bürgerschaftlichem Engagement ermöglicht werden kann.

Empfehlung 1: Digitale Kompetenzen und Strukturen fördern durch die Einbindung bestehender Programme gemeinnütziger Weiterbildungseinrichtungen und deren gemeinsame Weiterentwicklung z. B. durch branchenübergreifendes Zusammenwirken, Angebote zur Qualifizierung und Vernetzung bestehender Weiterbildungsträger sowie durch Analyse der Bedarfe der Kulturfördervereine. Ausbau der Förderung für die Anschaffung digitaler Tools.

Empfehlung 2: Entwicklung und Ausbau von Programmen für Coaching vor Ort in den Vereinen bzw. aufsuchende Hilfe.